

Die Autorin hat einen Masterabschluss im Studiengang Regionalwissenschaft Südostasien an der Universität Bonn absolviert und ist in der internationalen Zusammenarbeit tätig.

KURZ NOTIERT

von Saskia Dworschak

Sexualstraftäter entgehen Verurteilung

Im August 2016 entging auf Borneo ein mutmaßlicher Vergewaltiger einer möglichen Strafe, indem er das minderjährige Opfer heiratete. Das Strafverfahren gegen ihn wurde eingestellt. Dem Täter hatten eine bis zu dreißigjährige Haftstrafe und Peitschenhiebe gedroht. Dies sorgte in der Öffentlichkeit wie auch in der Politik für Empörung. Die Kontroverse

wurde von der malaysischen Frauenministerin Rohani Abdul Karim aufgegriffen. Sie kritisierte diese Praktik öffentlich harsch und kündigte an, dass zukünftig verstärkt gegen sie vorgegangen werden soll und Vergewaltiger nach einem Schuldspruch bestraft werden müssen. Laut *Tanaganita*, einer malaysischen Frauenrechts-NGO, kam es in Malaysia in den

vergangenen Jahren zu mehreren Fällen, in denen Täter erst ihre Opfer heirateten und sich dann wieder scheiden ließen und der Familie Geld bezahlten. Dass die Familien der Opfer in eine solche Ehe einwilligen, hat auch oft damit zu tun, dass sie dem Skandal, der sich während des Prozesses ergibt, entgehen möchten.

Deutsche Welle, 5.8.2016

Verschärfung des Umgangs mit illegalen ArbeitnehmerInnen

Die Einwanderungsbehörde Malaysias hat im September 2016 angekündigt, dass sie ab Oktober 2016 die Vermögen und Konten derjenigen ArbeitgeberInnen einfrieren wird, die illegale Arbeitskräfte beschäftigen. Diese Meldung wurde medienwirksam auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben.

Aus Industrie und Wirtschaft, so auch vom Arbeitgeberverband, kam deutliche Kritik an diesem Vorgehen. Es wurde bemängelt, dass hiermit wirtschaftlicher Schaden entstehen könnte. Des Weiteren wurden, wie etwa vom Präsidenten des malaysischen

Herstellerverbandes, Tan Sri Yong Poh Kon, das Vorgehen im Speziellen und das Legalisierungsverfahren illegaler ArbeitnehmerInnen im Allgemeinen kritisiert. Nach Yong solle eher das Programm zur Legalisierung illegaler Arbeitskräfte überarbeitet werden. So sollten die Vorschriften und Verfahren für eine Arbeitserlaubnis vereinfacht werden. Der Präsident des *Malaysian Trades Union Congress* äußerte hingegen seine Unterstützung an dem Vorgehen, da hierdurch eine Regulierung erreicht und Jobs für einheimische ArbeitnehmerInnen geschützt werden könnten.

In vielen Branchen Malaysias, insbesondere in den arbeitsintensiven, ist man aufgrund eines Arbeitskräftemangels auf billige ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Diese bedürfen für ihre Tätigkeiten meist keiner speziellen Ausbildung und leben und arbeiten oftmals unter prekären Bedingungen, vor allem, da sie zu einem großen Teil über keine Arbeitserlaubnis verfügen. Immer wieder gehen deshalb Regierung und Polizei hart gegen illegale MigrantInnen vor – und nun also auch gegen die sie beschäftigenden ArbeitgeberInnen.

The Star, 13.9.2016, 15.9.2016, 16.9.2016

Schutz der Regenwälder wirtschaftlichen Interessen untergeordnet

Etwa 100 ha Land in einem Waldschutzgebiet auf der malaysischen Halbinsel sollen in eine Anbaufläche für Durian umgewandelt werden. Das Landstück liegt im Sungai Brok-Waldschutzgebiet und in unmittelbarer Nähe zu einem ökologisch sensiblen Gebiet.

Dies wird von Kritikern als neuester Versuch der Bundesregierung Kelantans und von Unternehmen gewertet, Waldgebiete in Anbauflächen umzuwandeln.

Das ökologische Gleichgewicht ist bereits gefährdet: Das Flussbecken des Flusses Belatop, ein wichtiges Wasserreservoir in dem Waldschutzgebiet, weist Verschmutzungen durch Schwermetalle und Pestizidrückstände auf, die auf nahe gelegene Landwirtschaft zurückzuführen sind.

Der Ministerpräsident Kelantans, der ebenfalls Vorsitzender des *State Forestry Subcommittee* ist, soll der Umwandlung der

Wald- zu einer Anbaufläche zugestimmt haben, sodass hier zukünftig eine besonders teure Durian-Sorte angebaut werden kann. Der Direktor der Forstwirtschaft Kelantans teilte mit, dass er über eine solche Entscheidung nichts wisse. Doch wies er auch darauf hin, dass auf der malaysischen Halbinsel Plantagen, wie etwa Kautschukplantagen, als Waldgebiete betrachtet werden.

The Star, 1.10.2016